



INHALT

- 2 MIT Nordrhein-Westfalen**
Mann der Wirtschaft soll die CDU im Ruhrparlament führen
- 5 MIT Baden-Württemberg**
Das Karussell muss sich weiterdrehen
- 6 MIT Bayern**
Digitaler Sommerempfang der MU mit dem BayWa-Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Klaus Lutz
- 7 MIT Hessen**
MIT macht Druck – ein weiteres Jahr kein erster Spatenstich an der B 38 a
- 7 MIT Sachsen**
Sachsen-MIT verzeichnet Erfolg bei der TSE-Umstellung
- 8 MIT Niedersachsen**
MIT und CDU mahnen: Rasche Hilfe nicht blockieren
- 10 MIT Schleswig-Holstein**
Business-Lunch mit Friedrich Merz
- 10 MIT Rheinland-Pfalz**
Endlich wieder vor Ort präsent
- 11 MIT Thüringen**
Klausurtagung der MIT Thüringen
- 12 MIT Hamburg**
Blankeneser Erklärung

Mann der Wirtschaft soll die CDU im Ruhrparlament führen

Nordrhein-Westfalen. Mit Professor Dr. Hans-Peter Noll hat die CDU im Ruhrgebiet eine bekannte Persönlichkeit der Region als Spitzenkandidat für die Wahlen am 13. September 2020 gewinnen können. Nicht nur, dass Noll ein jahrzehntelanges MIT-Mitglied ist, sondern als Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zollverein und früherer Chef der RAG Montan Immobilien gilt er als einer der besten Kenner des Ruhrgebietes im Hinblick auf die Strukturentwicklung. Und natürlich sieht er sich auch als Botschafter der mittelständischen Wirtschaft, deren Erfolg zwischen Duisburg und Hamm maßgeblich vom Wohlstand der Industrieregion abhängt.

Erstmals wird am 13. September das Ruhrparlament in dieser direkten Form gewählt und deswegen ist es auch so wichtig, dass die CDU dort deutlich macht, dass ohne prosperierende Wirtschaftsentwicklung der

weitergehende Umbau der Region nicht möglich sein wird. „Auf Platz 1 der CDU-Liste steht mit Hans-Peter Noll jemand, der Profi bei den Themen Energiepolitik, Strukturentwicklung im Ruhrgebiet sowie auch Wandel durch Innovation und Digitalisierung ist“, hob Stefan Simmnacher bei Nolls Stippvisite in der MIT-Landesgeschäftsstelle hervor.

Hans-Peter Noll sieht dabei viele Herausforderungen: Zum einen will er die digitale und verkehrliche Infrastruktur in der verdichteten Metropolregion zum Top-Thema machen. Als einer der wichtigsten Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung besteht in der Region erheblicher und dringender Handlungsbedarf. „In den bedeutendsten Wirtschaftsregionen in Europa und der Welt hat sich eine flexible, gut organisierte und zukunftsgerichtete Mobilität als Schlüssel der wirtschaftlichen Dynamik erwiesen“, so Noll.

Dabei ist das vernetzte Denken und Zusammenspiel der unterschiedlichsten Verkehrsträger wesentlich: Vom öffentlichen Nahverkehr über den motorisierten Individualverkehr bis hin zum Fahrrad.

Zum anderen hält er neue innovative Technologien für den Schlüssel, auch Industrieregion zu bleiben. Wasserstoff ist das Thema, welches die MIT im Ruhrgebiet schon vor Jahren zu ihrem Thema gemacht hat. Kaum eine Technologie ist so eng mit Industriebedarfen verbunden, wie die Brennstoffzelle im Mobilitätssektor. Hier gilt es, Synergien zu heben und Vorreiter zu werden.

Neben neuen Technologien und wirtschaftspolitisch wichtigen Weichenstellungen, sind es jedoch die Menschen, die das Ruhrgebiet ausmachen. Die Erfolgsformel ist es, den Ausgleich zwischen ökonomischen, ökologischen, kulturellen und sozialen Aspekten zu schaffen. Oder anders gesagt, das Ruhrgebiet muss noch lebenswerter werden. Dies gelingt nicht ohne eine verbindende Zielperspektive: Eine vereinte Metropolregion Ruhr, die sich europäisch verortet und von internationaler Bedeutsamkeit ist.

Um dort hinzugelangen, braucht es einen starken Mittelstand.

„Viele weitere Kandidaten der MIT wollen sich im Ruhrparlament mit einbringen, wie zum Beispiel unser Vorstandsmitglied Thorsten Jakob“, so Stefan Simmnacher. Da wird die CDU eine schlagkräftige Truppe mit viel Wirtschaftskompetenz anbieten können. Auch unser Landesvorsitzender Hendrik Wüst wird das im Wahlkampf unterstützen und einige MIT-Kreisverbände werden Veranstaltungen zu diesen Ruhrparlamentswahlen anbieten. Sicherlich wird das dem Ruhrgebiet nutzen, denn „nichts ist so wichtig, wie gute Wirtschaftsentwicklung als sozialer Kitt in einer Region.“



Foto: MIT NRW

Stippvisite in der MIT-Landesgeschäftsstelle – unser Spitzenkandidat der CDU zum Ruhrparlament, Hans-Peter Noll, besuchte den MIT-Landesgeschäftsführer Stefan Simmnacher

Sanierung ist nicht genug. Innovation ist Pflicht.



Foto: MIT Kreis Recklinghausen/MIT

Ein wenig Abstand und doch nah an den Themen dran – (v.l.) Professor Noll, Bodo Klimpel, Torsten Jakob, Hendrik Wüst MdL und Tobias Stockhoff.

Kreis Recklinghausen. MIT-Landesvorsitzender und Verkehrsminister Hendrik Wüst als Hauptredner, Bürgermeister Tobias Stockhoff als Gesprächspartner, Landratskandidat Bodo Klimpel als begrüßender Redner und Professor Dr. Hans Peter Noll, Spitzenkandidat der CDU für das Ruhrparlament als Gast – eine prominentere Runde hätte sich der MIT-Vorsitzende im Kreis Recklinghausen kaum wünschen können. Unter Pandemiebedingungen hatte die MIT es aber geschafft, in der Dorstener Fürst Leopold Kaue eine Top-Veranstaltung durchzuführen.

Die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie waren natürlich in Hendrik Wüsts Rede eröffnendes Thema. Und natürlich spürte man, dass unser Landesvorsitzender als Verkehrsminister jeden Tag die schwierige Lage anpackt.

Die Menschen seien wieder auf den Individual-Verkehr umgestiegen, was zwar wirtschaftlichen Aufschwung bei Fahrradhändlern brachte und ein wenig stützend im Automobilsektor gewirkt haben mag. Aber Wüst hat vorausschauend auf dem Schirm, dass dies auch zu verstopften Autobahnen

ab Herbst führen könnte. Man müsse jetzt das Thema ÖPNV voll auf dem Schirm haben. Ohne Vertrauen in den ÖPNV drohe ein Kollaps. „Reinigen und Desinfizieren, Durchsetzung der Maskenpflicht, Vertrauen in Service und Sicherheit – dann wird Deutschland und NRW wieder Stadt- und Straßen-Bahnland werden.“ Dass er sich für massiven Ausbau auch durch neue Strecken einsetzt, hat Wüst ja schon gezeigt und gehandelt. Doch schnell mehr Geld bedeute nicht schnellere Erfolge. Wenn kopflos Milliarden in den Ausbau gepumpt würden, während Bürger mit unzähligen Störungen konfrontiert sind, wird Fortschritt nicht wahrgenommen werden.

Ein Blick in die Niederlande zeige, was Deutschland seit 20 Jahren verpasst habe: Unermüdlich in die Infrastruktur zu investieren. In den nächsten Jahren würden 50 Milliarden Euro in die NRW-Infrastruktur investiert. Um aber auch gleichzeitig Planungsbeschleunigung zu bewirken, habe das Ministerium mehr Planer und mehr Genehmigungsverantwortliche eingestellt. Der Minister sieht in der Pandemie auch das Potenzial eines Katalysators, den Deutschland benö-

tige, um in Innovationen zu investieren. Wer sich nur auf die Sanierung bestehender Mängel konzentriere, begehe die nächste große Sünde. Innovation sei Pflicht. Mit Blick auf den ÖPNV sei dies insbesondere digitale Vernetzung der verschiedenen Verkehrsanbieter.

Als Landesvorsitzender der MIT liegt Hendrik Wüst also Innovation am Herzen. Genau dafür steht die MIT ja. „Wer meint, dass Flugtaxis und autonomes Fahren wilde Ideen seien, der irrt“, so Wüst. Zum einen habe gerade NRW in seinen Universitäten die benötigte Kompetenz, um auf diesen Märkten als Entwickler und Produzent aufzutreten. Zum anderen böten diese Entwicklungen gerade in suburbanen Städteregeion – wie Dorsten und Recklinghausen – große Chancen, um defizitären ÖPNV zu ergänzen oder zu ersetzen:

„Das Angebot von kleineren, autonom fahrenden Shuttles sei die Lösung, um individuelleren ÖPNV vom Start bis direkt vor die Tür des Zielortes anzubieten und Flugtaxis wären insbesondere für Geschäftsleute, die schnell von A nach B müssen eine reale Option.“

Mittelstandspreis „Pader-Pfau“ geht an Hubertus Behringmeier

Kreis Paderborn. Seit Februar ist er Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbands und nun ist Hubertus Behringmeier auch der diesjährige Träger des Mittelstandspreises „Der Pader-Pfau“ der MIT, der normalerweise im Rahmen des Libori-Festes verliehen wird. „Mit Hubertus Behringmeier können wir einen würdigen Preisträger auszeichnen. Er ist ein Brückenbauer zwischen Landwirtschaft, Gesellschaft und Politik“, begründete der Kreisvorsitzende Ulrich Lange die Wahl.

Für den MIT-Bundesvorsitzenden und Laudator Carsten Linnemann MdB, zeichnet den gebürtigen Espelner Behringmeier aus, dass er ein „Vordenker mit Rückgrat, Mut und kaufmännischem Denken ist.“ Das Thema Tierwohl in der Landwirtschaft wird aktuell stark diskutiert. Behringmeier bringt hier schon seit Jahrzehnten Ideen ein und lebt diese als aktiver heimischer Landwirt selbst.

Dass man den Preis in diesem Jahr an einen Vertreter der Landwirtschaft verliehen hat, hält Linnemann für ein wichtiges Signal: „Es gibt keine andere Branche, die derzeit so unter Druck steht. Sie wird als Tierquälerei und Umweltzerstörer betitelt. Notwendige Veränderungen aber müssen

mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie umgesetzt werden“, so Linnemann. Für ein wenig Libori-Feeling sorgten auch die weit angereisten Gäste. Stefan Evers, Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus und Generalsekretär der Hauptstadt-CDU, reist jedes Jahr mit einer Delegation zu Libori an. „Diese Brücke zwischen Berlin und Paderborn wollten wir gerade auch in Coronazeiten aufrecht erhalten“, so der „Liboripilger“.



Foto: MIT Kreis Paderborn

Trotz Corona wird gewürdigt.

Aktuelle Fragen zum Vergaberecht: Was Unternehmer wissen sollten!

Kreis Mettmann. „Heute werden Sie erfahren, warum das öffentliche Vergaberecht gerade für mittelständische Unternehmen und unsere Handwerker von so großer Bedeutung ist“, begrüßte der Vorsitzende der MIT im Kreis Mettmann, Wolfgang Leyendecker, die vielen Teilnehmer der ersten dortigen Veranstaltung nach den Coronabeschränkungen. Ganz besonders freute er sich über die Teilnahme von Kreishandwerksmeister und MIT-Mitglied Thomas Grunendahl. Schließlich brennt das Thema „Aktuelle Fragen zum Vergaberecht: Was Unternehmer wissen sollten!“ gerade vielen Handwerkern unter den Nägeln.



Foto: MIT Kreis Mettmann

Ein spannender Vortrag und eine gute Diskussion der MIT Mettmann, moderiert von Mechthild A.-Stock (Mitte)

Als Vorstandsmitglied der MIT moderierte Mechthild A. Stock souverän den Abend. Selbst Geschäftsführerin einer erfolgreichen Unternehmensberatung engagiert sich die überzeugte Anhängerin der Sozialen Marktwirtschaft vor allem für die Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU. „Solide Finanzen und eine gesunde Wirtschaft – das ist die Basis aller staatlichen Aktivitäten. Wir müssen unseren Unternehmen den Freiraum geben, erfolgreich wirtschaften zu können, ohne die gesellschaftliche Verantwortung außer Acht zu lassen. Dazu gehört auch ein transparentes Auftrags- und Vergabesystem der öffentlichen Hand“, so die Vorsitzende des Bau- und Vergabeausschusses im Rat der Stadt Ratingen.

Genau das konnte der renommierte Rechtsanwalt Dr. jur. Jochen Heide anschließend für alle erläutern. Als Fachanwalt für Verwaltungs- und Vergaberecht berät, vertritt und begleitet er insbesondere Städte und Gemeinden in diesem Bereich. „Was bedeutet für Sie das Vergaberecht in der Praxis: Fluch oder Segen?“ so die provokante Frage des Vergaberechtsexperten. Neben seinem Vortrag gab es natürlich ausreichend Gelegenheit für Fragen, vor allem nach der Vergabepaxis in den Kommunen und der Möglichkeit, die heimische Wirtschaft zu fördern.

Das Karussell muss sich weiterdrehen



Der MIT-Landesvorsitzende Oliver Zander bei seiner Rede auf der Kundgebung.

Stuttgart. Unter diesem Motto rief DSB-Präsident Albert Ritter deutschlandweit zu Kundgebungen auf. Am 23.07.2020 fand diese ab 13.00 Uhr auf dem Stuttgarter Karlsplatz statt. Parallel fuhrn 800 Lastkraftwagen der Schausteller vom Cannstatter Wasen los, um die Kundgebung in der Stadtmitte mit lautem Hupen und einem Stillstand des Verkehrs in Stuttgart zu unterstützen.

Nach einem zehnmütigen Fahnenmarsch, der die Traditionen der Schausteller unterstreichen sollte, erleichterte Ritter sein Herz in einer emotionalen und fordernden Rede. Er habe Verständnis für die derzeitigen Maßnahmen, denn die Gesundheit der Besucher der Volksfeste habe höchste Priorität. Dennoch könne nicht allorts der Lockdown aufgehoben werden und die unterschiedlichsten Branchen wieder sukzessive ans Netz gelassen werden, aber die Schausteller nicht. Er fordert: „Wenn die Geschäfte in den Fußgängerzonen der Städte und die Einkaufszentren, wenn Zoos und Freizeitparks ihre Pforten wieder öffnen, Cafés und Biergärten, Restaurants und auch Kneipen sich wieder um das leibliche Wohl ihrer Gäste kümmern können, dann kann auch eine kleine Stadt errichtet aus Kirmesgeschäften stattfinden!“

Wichtig sei, dass der Einstieg in das Überbrückungshilfeprogramm erleichtert werde. Es müsse auch möglich sein, von den Hilfen eine private Entnahme für den persönlichen Unterhalt tätigen zu können. Mit der Absage aller Veranstaltungen bis Ende Oktober 2020 sei klar, dass es zwingend entsprechender Anschlussprogramme bedarf.

„Wer bestellt, muss auch bezahlen!“ Dies fordert der Landesvorsitzende Oliver Zander der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg und fordert damit Ministerpräsident Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen) in seiner Rede dazu auf, Alternativen zum Berufsausübungsverbot zu bieten.

Die im Rahmen der Coronahilfe aufgerufenen Programme sind so gut wie alle praxisfremd. Dies in Verbindung mit der Aussage, dass man am liebsten bis Ende des Jahres alle Feste, einschließlich der Weihnachtsmärkte, verbieten möchte, zeigt, dass es den Grünen nicht mehr um die Erhaltung des traditionellen Berufsstandes geht, sondern hier die Angst die Zügel in die Hand genommen hat.

Wirtschaftsministerin Hofmeister-Kraut (CDU) setzt sich hingegen persönlich für die Belange der Schausteller ein und hat einen eigenen Vorschlag zur Vorlage an die Landesregierung vorbereitet. Sie versprach in ihrer Rede, für die Schausteller zu kämpfen.

Neben der Wirtschaftsministerin standen auch weitere namhafte Politiker fast aller Parteien bei der Kundgebung auf der Bühne. Stefan Kaufmann MdB signalisierte in seiner Rede absolutes Verständnis für die Schausteller und setzt seine Hoffnung in die hoffentlich bald zur Verfügung stehenden Impfstoffe. Er bestätigt die Aussage Ritters, dass Schausteller sein kein Beruf, sondern eine Berufung sei.

Die Schausteller sind unverschuldet in diese Situation geraten und die amtierende Landespolitik hat mit ihrer Entscheidung, nämlich dem unbefristeten Absagen aller Veranstaltungen und Volksfeste, den Schaustellern die Geschäftsgrundlage entzogen. Jetzt noch darüber nachzudenken, die Weihnachtsmärkte ebenfalls zu verbieten, nimmt den Schaustellern nunmehr zusätzlich die Lebens- und Überlebenschance.

Daher schließt sich die MIT Baden-Württemberg den drei Hauptforderungen des Schaustellerverbandes an: Die Weihnachtsmärkte müssen mit entsprechenden Hygieneauflagen stattfinden. Des Weiteren müssen die Traditionsvolksfeste mit sofortiger Wirkung geöffnet werden, damit die restlichen in diesem Jahr noch verbleibenden Veranstaltungen durchgeführt werden können, und last but not least müssen die Überbrückungshilfen so umgesetzt werden, dass sie ohne großen Bürokratieaufwand auch da ankommen, wo sie benötigt werden. Nur so können die hohen Finanzierungsraten der Geschäfte der Schausteller zur Abzahlung geleistet werden.

Zusätzlich fordert die MIT Baden-Württemberg die Landesregierung auf, die durch das Wirtschaftsministerium aktuell erarbeiteten Pläne zur Erhaltung des Schaustellerbestandes auch entsprechend und ohne Einschränkungen umzusetzen.



Fotos: MIT BaWü

Digitaler Sommerempfang der MU mit dem BayWa-Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Klaus Lutz



Foto: MU Bayern

Franz Josef Pschierer, Klaus Josef Lutz und Alexander Gropp.

München. Am Freitag, den 17. Juli 2020, fand der Sommerempfang der Mittelstand-Union statt – coronabedingt diesmal in digitaler Form. Der MU-Landesvorsitzende Franz Josef Pschierer MdL, der Vorstandsvorsitzende der BayWa AG, Prof. Dr. Klaus Josef Lutz und der MU-Landesgeschäftsführer Alexander Gropp diskutierten über die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen physisch in der CSU-Landesleitung in München, während die Zuschauer das Gespräch live verfolgen und mitdiskutieren konnten. Mit über 1.500 Video-Aufrufen auf verschiedenen Plattformen war die Veranstaltung ein voller Erfolg.

Franz Josef Pschierer MdL führte an, dass er Vertrauen in die Zukunft habe, mahnte aber zur Vorsicht ob der stark

unter Druck stehenden Wirtschaft und der daraus resultierenden, finanziellen Situation: „Je mehr Schulden die öffentliche Hand aufnimmt, desto mehr ist sie abhängig von einer Fortführung der Nullzinspolitik der Europäischen Union. Daher brauchen wir einen Schnitt in der Finanzpolitik, um zu geordneten Verhältnissen, also einem ausgeglichenen Haushalt, zurückzukehren. Der Staat muss auch künftig mit den generierten Steuergeldern auskommen.“

Prof. Dr. Lutz ergänzte: „Gerade junge Menschen machen neue Erfahrungen mit der Wirtschaft. Es gibt nicht nur Wachstum, sondern auch Höhen und Tiefen. Ich bin gespannt, wie sich das politische Denken der nächsten Generationen entwickelt, wenn sich als Reaktion auf die Krise die Situation am Arbeitsmarkt zuspitzt. Daher ist es unsere Herausforderung, dass die jungen Menschen das Vertrauen in die Politik verlieren.“

Die Nachhaltigkeit im ökologischen, ökonomischen und sozialen Bereich wurde im weiteren Verlauf der Diskussion als wichtiges Ziel der mittelständischen Wirtschaft und der Politik herausgestellt. Keiner der Aspekte dürfe singulär betrachtet werden, so waren sich Pschierer und Lutz einig. Nur wenn Politik und Wirtschaft gemeinsam und mit gegenseitiger Rücksichtnahme agiere, könne die Nachhaltigkeit in all ihren Facetten ihre positive Wirkung entfalten.

Das gesamte Video finden Sie unter www.mu-bayern.de.

Gerd Zanker zum Unternehmer des Jahres 2019 gekürt – ein Rückblick

Starnberger See. Vor über 200 Gästen aus Politik und Wirtschaft ehrt die Mittelstandsunion in prominenter Lage, direkt am Starnberger See (Hotel La Villa), Gerd Zanker zum Unternehmer des Jahres.

Als Ehrengast hat Erwin Huber, langjähriger Finanzminister und Parteivorsitzender a.D., die richtigen Worte gefunden, um Politiker und Unternehmer zu begeistern. Manfred Herz ehrte in seiner Laudatio Gerd Zanker als Chef der Firma Saegmüller, dem größten Handwerksbetrieb im Landkreis Starnberg und hob seine besondere Leistung in der Ausbildung junger Menschen hervor.

So hat die Firma Saegmüller in den letzten Jahrzehnten über 400 junge Menschen ausgebildet.

Als Ehrengäste konnte die MU neben Erwin Huber die Landtagsabgeordnete Dr. Ute Eiling Hütig, den stellvertretenden Landrat Georg Scheitz sowie den Landratskandidaten Stefan Frey begrüßen.



Foto: MU Bayern

Eine besondere Ehrung für die Firma Saegmüller.

MIT macht Druck – ein weiteres Jahr kein erster Spatenstich an der B 38 a

Lautertal. Fast auf den Tag genau ein Jahr nach dem abschließenden Urteil des hessischen Verwaltungsgerichtshofs, mit dem „grünes Licht“ für den Bau der B 38a gegeben wurde, warten die Menschen in Weschnitztal und Überwald weiterhin vergeblich auf den ersten Spatenstich. Um ein weiteres Mal Druck zu machen, traf sich der Vorstand der MIT Bergstraße mit ihrem Vorsitzenden Landrat a.D. Matthias Wilkes, den Vertretern der Bürgerinitiative Pro 38 a Mörlenbach mit den Mörlenbacher Altbürgermeistern Ludwig Marquard und Lothar Knopf und der Mörlenbacher Gewerbeverein mit seinem Vorsitzenden Rolf Schwarztrauber zu einem Pressegespräch im Gasthaus „Zur Krone“.

Aktuell laufen weiter die Umsetzungen der Zauneidechen und die

ersten Arbeiten für eine Baustraße. Das ist für den Zeitraum eines Jahres nach dem Urteil viel zu wenig, so die übereinstimmende Meinung aller Teilnehmer des Termins.

Der erste Spatenstich war bereits für das Frühjahr angesagt. Für die Mittelständler ist es nicht hinnehmbar, dass das Projekt nachdem es dafür keine rechtlichen Hindernisse mehr gibt, weiter so verzögert betrieben wird. Der Vorsitzende des Gewerbevereins, Rolf Schwarztrauber berichtete, dass allein in den letzten 20 Jahren 33 Betriebe in Mörlenbach verloren gegangen sind. Der Grund dafür ist fast ausschließlich die schlechte Verkehrssituation in Mörlenbach. Hinzu kommen viele mögliche Betriebsansiedlungen, die aufgrund der katastrophalen Verkehrslage in Mörlenbach unterblieben sind.



Foto: MIT Bergstraße

Warten auf den Baubeginn für die B 38a

Im Januar 2014 wurde die Baugenehmigung für die B 38a im Mörlenbacher Bürgerhaus feierlich erteilt. Verbunden wurde die Genehmigung mit einem Sofortvollzug, was bedeuten sollte, dass es am nächsten Tag hätte losgehen können. Tatsächlich warten die Menschen mittlerweile seit über sechs Jahren vergeblich auf den ersten Spatenstich und immer gibt es neue Ausreden...

Sachsen-MIT verzeichnet Erfolg bei der TSE-Umstellung

Heidenau. Die Sachsen-MIT forderte erfolgreich gegenüber der sächsischen Regierung die Fristverlängerung für die Umstellung der manipulationssicheren Kassensysteme. Am 09. Juli 2020 fand unsere erste Präsenz LV Sitzung nach der Corona bedingten Unterbrechung in Heidenau statt.

Das Bundesfinanzministerium (BMF) verlangt den Einbau der manipulationssicheren technischen Sicherheitssysteme (TSE) in alle Registrierkassen bis spätestens 30.09.2020. Technische Probleme der Herstellerfirmen können einen fristgerechten Einbau jedoch nicht gewährleisten. Zudem stehen viele Unternehmen in der Gastronomie und im Einzelhandel durch die Corona-Pandemie ohnehin vor extrem großen Herausforderungen. Aus diesem Grund haben wir

eine Fristverlängerung gefordert. Die klare Ansage des MIT-Landesvorsitzenden Dr. Markus Reichel: „In der gegenwärtigen konjunkturellen Lage sollten den ohnehin schon gebeutelten kleinen Betrieben nicht noch weitere sinnfreie Kosten aufgebürdet werden. Nach der überbordenden Bonpflicht auch für kleine Betriebe der Gastronomie, der Hotellerie und Wochenmarkthändlern, sowie weiteren vielen kleinen Geschäften, ist das Verlangen des BMF nach der TSE zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Ausdruck von überbordender Bürokratie.“

Dr. Markus Reichel: „Vergesst die vielen Selbstständigen nicht! Entbürokratisierung kostet an manchen Stellen nicht viel, ist aber ein Zeichen an die vielen Fleißigen in Sachsen. Bei



Foto: Silvia Fügli

von rechts nach links: Jan Hippold MdL, Dr. Markus Reichel, Landesvorsitzender MIT Sachsen, Roland Ermer, Landesvorstandsmitglied und Präsident Sächs. Handwerkstag.

TSE ist der Finanzminister des Freistaates gefordert, dem bundesdeutschen Amtsschimmel Einhalt zu gebieten. Gut gemeinte Bundesgesetzgebung ist eben nicht immer gut gemacht. Das Credo Entbürokratisierung sollte jetzt erst recht im Freistaat oberste Priorität haben.“

Die sächsische Landesregierung folgte innerhalb nur einer Woche unserer Forderung und verlängerte die Frist bis 31.03.2021.

MIT und CDU mahnen: Rasche Hilfe nicht blockieren



Foto: Hubert Kriek, Münsterländische Tageszeitung

Einig übers Konjunkturpaket: Bundestagsabgeordnete Silvia Breher (Mitte) mit den Mittelstandspolitikern Ursula Bernhardt aus Cloppenburg und Werner Lübke aus Langförden.

Cloppenburg. Das „Kraftpaket“ der Großen Koalition dürfe nicht verzögert werden, fordert die Bundestagsabgeordnete Silvia Breher. Das 25 Milliarden Euro-Paket erfordere Kompromissbereitschaft von Seiten des Bundesrates. Davon würden die Gastronomie, aber auch Reisebüros und Schausteller profitieren, betonen die Mittelstandspolitiker der Union aus dem Oldenburger Münsterland, Ursula Bernhardt und Werner Lübke.

Vor einer Blockade des 130 Milliarden Euro schweren Konjunkturprogramms hat die CDU-Bundestagsabgeordnete Silvia Breher den Bundesrat gewarnt. Solo-Unternehmen und Kleinbetriebe würden durch eine Verzögerung in noch größere Existenzgefahr geraten, mahnte Breher kürzlich bei einer Pressekonferenz mit Mittelstandspolitikern ihrer Partei in Cloppenburg.

Das Konjunkturpaket gegen die Corona-Folgen stufte die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende als „gelingenes Kraftpaket“ ein. Werner Lübke stimmte ihr zu. „Alle haben über die GroKo geschimpft“, meinte der Landesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion in Niedersachsen: „In der Krise konnte uns nichts Besseres passieren.“ Der Bauunternehmer begrüßt die geplanten Impulse: „Wir müssen jetzt schon Gas geben, damit die Konjunktur wieder anspringt, wenn das Kurzarbeitergeld ausläuft.“

Dass fast die Hälfte der 130 Milliarden Euro in Zukunftstechnologien und -themen fließen soll (von Quantentechnologie bis Wasserstofftechnik), wertet Silvia Breher als „richtigen Schub“. So könne aus der Krise auch eine Modernisierungswelle entstehen, die neue Arbeitsplätze schaffe, meinte sie.

„Wir sprechen hier von einer Krise (...) vergleichbar mit einer Wirtschaftskrise nach dem 2. Weltkrieg“

Wolfenbüttel. Eine Milliarde Euro für NEUSTART KULTUR – Was bringt uns das neue Hilfspaket? Darüber haben Holger Bormann, Stellvertretender Landesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion in Niedersachsen, und Dirk Wöhler, Präsident des Berufsverbandes Discockey e. V., mit Moderatorin Michelle Kradel gesprochen.

Mit dem Geld sollen unter anderem Veranstalter, Theater, Kinos und weitere Kultureinrichtungen unterstützt werden. Dirk Wöhler hat mit der Staatsministerin Prof. Monika Grütters telefoniert: Für ihn war es „ein Zeichen, dass man sich der Problematik und der großen Not in unserer Branche bewusst ist“. Aber Wöhler denkt auch, dass „es bis zu einem Impfstoff keine großen Veranstaltungen geben wird.“

Holger Bormann schätzt es aus politischer Sicht so ein, dass mit dem Rettungspaket ein Start gemacht wird, um dann nach drei bis vier Monaten zu schauen, wie sich die Wirtschaft entwickelt und ob die Konjunktur wieder angesprungen ist: „Wir sprechen hier von einer Krise, so hat es



Foto: MIT Wolfenbüttel

Diskussionsrunde zu Folgen der Coronakrise

die Kanzlerin auch ausgedrückt, vergleichbar mit einer Wirtschaftskrise nach dem 2. Weltkrieg.“ Bormann betont weiter, „dass Deutschland da auch aus der Krise wieder rausgekommen ist (...) – und es war auch der Mittelstand, der dieses Land wieder aufgebaut hat.“

Corona schafft mich nicht, weil ...



Foto: Holger Cosse

... ich von Haus aus Optimist bin!
Holger Cosse
MIT-Bundesvorstand



Foto: Rita van Döllen-Mokros

... ich in jedem Schlechten auch etwas Gutes finde!
Rita van Döllen-Mokros
Landesvorstandsmitglied



Foto: Ursula Bernhardt, MIT Cloppenburg

... es nach abwärts auch wieder aufwärts geht!
Alexander Prox
Landesvorsitzender
MIT Oldenburg



Foto: H.-Dieter Klahsen

... ich mich an der allgemeinen Hysterie nicht beteilige!
H.-Dieter Klahsen
Stv. Landesvorsitzender
Nds-MIT



Foto: Anja Basilius

... ich von der Innovationskraft des Mittelstandes überzeugt bin!
Holger Bormann
Stv. Landesvorsitzender
Nds-MIT



Foto: MIT Lüneburg

... die Risiken weitgehend handhabbar sind und es neue Perspektiven bietet!
Peter Luths
MIT-Bundesvorstandspräsidium



Foto: Günter J. Nyhuis privat

... ich mich mit Mund-Nasen-Maske schütze, Abstand halte und der Stoppelmarkt in Vechta leider ausfällt!
Günter J. Nyhuis
Sprecher MIT KV Vechta



Foto: Hayo Wiebersiek

...ich durch Telefon- und Videokonferenzen produktiver geworden bin!
Hayo Wiebersiek
Landesvorstandsmitglied



Foto: Armin Ring

...ich schon andere Hürden im Leben gemeistert habe und gelassen wieder herausgekommen bin!
Armin Ring
Bezirksvorsitzender
NO-Niedersachsen



Foto: Guido Karp

... ich die Chancen der Digitalisierung entdeckt habe!
Sabine Kleinke
MIT-Bundesvorstand



Foto: Dietrich Keck

... Optimismus mein zweiter Vorname ist!
Dietrich Keck
Landesvorstandsmitglied



Foto: Till Olaf Voß privat

...der gewinnt, der Gelegenheiten nutzt, während andere noch hadern!
Till Olaf Voß
Bezirksvorsitzender
Osna-brück-Emsland



Foto: Markus Hibbeler

... wir die Zeit nutzen, um über neue Geschäftsmodelle und künftige Nischen nachzudenken!
Eric Romba
Landesvorstandsmitglied



Foto: Irmgard A. Lohmann

... ich viel zu tun habe, um Mittelständlern bei den bürokratischen Corona-Hilfen zu unterstützen!
Irmgard A. Lohmann
MIT-Bundesvorstand



Foto: Sebastian Teiwes

... ich mich als Unternehmer auf neue Bedingungen einstellen und flexibel reagieren muss!
Sebastian Teiwes
Landesvorstandsmitglied



Foto: Markus Hibbeler

...mich der Ideenreichtum unserer kleinen und mittleren Unternehmen begeistert!
Stephan Albani
MdB
MIT-Bundesvorstand

Business-Lunch mit Friedrich Merz



Foto: MIT SH

Friedrich Merz und Günter F. Kohl, stellv. Landesvorsitzender der MIT Schleswig-Holstein, sprachen über die Zukunft der CDU.

Schleswig-Holstein. Vor drei Dutzend Unternehmerinnen und Unternehmern aus dem Großraum Rendsburg-Eckernförde und Kiel umriss Friedrich Merz seine Vorstellungen für das Amt des CDU-Parteivorsitzenden. Die Wahl findet auf dem Bundesparteitag Anfang Dezember in Stuttgart statt. Seine Aussagen zum Profil der CDU, vor allem in Wirtschaftsfragen, zur Bildungspolitik und zu einem Generationenpakt angesichts der hohen Neuverschuldung aus Anlass der Corona-Krise trafen bei den Zuhörern auf großen Beifall.

Rheinland-Pfalz

Endlich wieder vor Ort präsent

Hackenheim. Nach einer langen Corona-Pause kann die MIT Rheinland-Pfalz endlich wieder vor Ort persönlich präsent sein. Das ist auch bitter nötig. Denn die digitale Welt kann das direkte Gespräch nur ergänzen, aber nicht ersetzen. Und im März 2021 ist Landtagswahl. Schon mitten in den Sommerferien legen wir los: Am 31. Juli hatte Kreisvorsitzender Bernhard Mayer, Landkreis Bad Kreuznach, zu einem Unternehmerversprech mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Martin MdL, in den Bonnheimer Hof in Hackenheim eingeladen. Am 5. August ist die MIT durch ihren Kreisvorsitzenden Dr. Dirk Hüttenberger Initiator und Mitveranstalter zu Gast im Bremerhof Kaiserslautern.

Und bereits am 23. Juli war die MIT in Worms Gastgeber eines Mittelstandstreffs mit dem Spitzenkandidaten der CDU zur Landtagswahl Rheinland-Pfalz im März 2021, Christian Baldauf MdL. MIT-Kreisvorsitzende Iris Muth konnte rund 80 Gäste, überwiegend aus dem Wormser Mittelstand, im Biergarten der Brauerei Sander begrüßen. Baldauf bestimmte die Wirtschaftspolitik neben Bildung und Innere Sicherheit zu den drei Kernthemen der CDU zur Landtagswahl. Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, Förderung neuer Existenzgründungen nach der Corona-Krise und Entbürokratisierung sind dabei wichtige Ansatzpunkte. Rheinland-Pfalz konnte in den 30 Jahren SPD-geführter Landesregierungen in puncto Wirtschaftskraft nicht mit der Entwicklung in den meisten anderen Bundesländern mithalten. Das zu ändern erklärte Baldauf



Foto: MIT Rheinland-Pfalz

V.l.n.r.: Iris Muth (Kreisvorsitzende MIT Alzey/Worms), Christian Baldauf MdL (Spitzenkandidat der CDU zur Landtagswahl) und Stephanie Lohr MdL

zur Aufgabe einer neuen Landesregierung unter Führung der Union. Die Hauptthemen im Wahlkampf sollen in den Regionen mit konkreten Forderungen unterfüttert werden. Die MIT-Kreisverbände werden dazu ihre Vorschläge vorlegen. In der lebhaften Diskussion kamen die schwierige Lage von Einzelhandel, Gastronomie, Schaustellern und Selbständigen im den Bereichen Eventservice, Kunst und Kultur zur Sprache. Baldauf nahm sich zusammen mit den örtlichen MIT-Vertretern viel Zeit zum persönlichen Gespräch von Tisch zu Tisch.

Inzwischen hat die rheinland-pfälzische CDU den Entwurf eines Regierungsprogramms 2021-2026 vorgestellt. Die MIT im Land und den Bezirken wird den Text systematisch prüfen und ein Paket von Änderungsinitiativen erarbeiten. Die Wirtschaftspolitik der CDU in Rheinland-Pfalz soll eine Prägung durch die MIT bekommen. Darauf legt MIT-Landesvorsitzender Gereon Haumann großen Wert.

Klausurtagung der MIT Thüringen



Diskussion mit der Europaabgeordneten Marion Walsmann MdEP über die aktuellen Entwicklungen zur EU-Ratspräsidentschaft und zu ihrer Arbeit im EU-Ausschuss Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO).

Tambach Dietharz. „Der Mittelstand sichert den Wohlstand und ist der stabilisierende Faktor auch in Krisensituationen.“ Dieses Zitat zum Selbstverständnis der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Thüringen aus der letzten Klausurtagung 2019 hat ein knappes Jahr später Corona-bedingt erheblich an Bedeutung gewonnen. Auch wenn der Thüringer Mittelstand derzeit je nach Branche unterschiedlich starke Umsatzeinbußen hinnehmen muss, so ist er doch weiterhin das Rückgrat der Thüringer Wirtschaft.

So stand auch die diesjährige MIT-Klausurtagung des Landesvorstandes und der Kreisvorsitzenden unter dem Einfluss der Coronapandemie. Gerade rechtzeitig wurden die strengen Kontaktverbote gelockert und machten die Durchführung der Veranstaltung kurzfristig möglich. Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Gerd Albrecht erfolgte zuerst gemeinsam mit den Thüringer CDU-Generalsekretär Raymond Walk ein kritischer Rückblick auf die politischen Ereignisse der letzten Monate in Thüringen. Die Ergebnisse der Landtagswahl, die beiden Ministerpräsidentenwahlen und insbesondere die derzeitige Rolle der Thüringer CDU in der „konstruktiven Opposition“ wurden reflektiert.

Thematisch hatte man sich im Landesvorstand im Vorfeld auf eine Auswahl von fünf Themenkomplexen zur Bearbeitung verständigt. Neben der Förderung der Land- und Forstwirtschaft, der notwendigen Novellierung des Thüringer Vergaberechts und dem Status Quo der Thüringer Gründerszene standen auch die aktuellen Maßnahmen zur Förderung konsumtiver Ausgaben sowie der anhaltende Fachkräftemangel auf der Agenda.

Aus aktuellen Anlass standen auch die verschiedenen Corona-Hilfsprogramme der EU, des Bundes und des Frei-

staates auf dem Prüfstand. Die befristete Reduktion der Mehrwertsteuer wurde nicht nur aufgrund der damit verbundenen Zusatzaufwände im Bereich Kassen- und Buchhaltungssysteme von den Teilnehmern als ungeeignet bewertet. Auf bundespolitischer Ebene erscheint eher die Abschaffung des Solidaritätsbeitrages, die Beseitigung der kalten Progression oder Anpassungen im Grundfreibetrag als sinnvoll. Ein weiterer Kritikpunkt an den Hilfsprogrammen und auch den derzeitigen Förderprogrammen ist auch ihre geringe sektorenspezifische Ausrichtung. Gerade der Thüringer Tourismus und die Eventbranche leiden besonders unter den Auswirkungen von COVID-19. Aber natürlich stellt sich auch die Frage, ob mit diesen Hilfsprogrammen eine Insolvenzelle verhindert werden kann und wie die Finanzierung der Maßnahmen erfolgen soll. Aus Sicht der Thüringer Mittelstandsunion sind Direkthilfen für kleine Unternehmen über die bereits beschlossenen Liquiditätshilfen notwendig. Die Wirtschaft in Thüringen ist aufgrund ihrer erst 30jährigen Geschichte eben kleinteiliger und hat eine dünnere Kapitaldecke als im Bundesvergleich.

In der Thüringer Landespolitik gehen die Meinungen, wie auf den Einbruch der Steuereinnahmen und der Konjunktur reagiert werden soll, weit auseinander. Ob massive Neuverschuldung oder ein Zurückfahren des Landesetats, die Interessen der Regierungspartner in der rot-rot-grünen Minderheitsregierung sind sehr unterschiedlich. Auch vor dem Hintergrund der für April 2021 geplanten vorgezogenen Landtagswahlen hat die CDU hier die Chance, zum Zünglein an der Waage zu werden. Denn mit Blick auf heranwachsende Generationen heißt es auch jetzt: Maßhalten.



Fotos: MIT Thüringen

Nach intensiven Diskussionen am Tag wurde abends gemeinsam mit dem Thüringer CDU-Generalsekretär Raymond Walk bei Bier und Wein genetzwerkt.

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsunion
 Bundesgeschäftsstelle
 Schadowstraße 3 · 10117 Berlin

Redaktion

V.i.S.d.P. für die MIT-Landesverbände:

- Baden-Württemberg: Andrea Birringer
birringer@mit-bw.de
- Bayern: Alexander Gropp
mu@csu-bayern.de
- Berlin: Stefan Böhm
stefanboehm@mit-berlin.de
- Brandenburg: Hans-Peter Pohl
hppohl@mit-bb.de
- Bremen: Kai Stadie
stadie@mit-bremen.de
- Hamburg: Thomas Klömmer
info@mittelstand-hamburg.de
- Hessen: Lukas Henke
geschaeftsfuehrer@mit-hessen.de
- Mecklenburg-Vorpommern: Patrick Sevecke
info@mit-mv.de
- Niedersachsen: Andreas Sobotta
sobotta@cdu-niedersachsen.de
- Nordrhein-Westfalen: Stefan Simmnacher
stefan.simmacher@mit-nrw.de
- Rheinland-Pfalz: Helmut Klapheck
helmut.klapheck@mit-rlp.de
- Saarland: Andrea Kallenbrunnen
andrea.kallenbrunnen@cdu-saar.de
- Sachsen: Frederic Wutzler
frederic.wutzler@mit-sachsen.de
- Sachsen-Anhalt: Tobias Schmidt
schmidt@cdufraktion.de
- Schleswig-Holstein: Thomas Klömmer
mit@cdu-sh.de
- Thüringen: Prof. Dr. Regina Polster
MIT@cdu-erfurt.de

Verlag und Druck

Union Betriebs-GmbH (UBG)
 Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
 Telefon: 02226-802-213
 Telefax: 02226-802-222
 E-Mail: verlag@ubgnet.de oder
 mit-mittelstandsmagazin@ubgnet.de

Projektleitung

Gabriele Grabowski
 E-Mail: mit-mittelstandsmagazin@ubgnet.de

Sonja Bach-Meiers
 E-Mail: verlag@ubgnet.de

Art-Direktion

UBG, Betriebsstätte Berlin

Titelbilder

MIT NRW, MIT Wolfenbüttel, MIT SH, MU Bayern,
 MIT BaWü, Silvia Füßl, MIT-Bergstraße, MIT Rhein-
 land-Pfalz, MIT Thüringen

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit
 Genehmigung der MIT.

Blankeneser Erklärung

Hamburg. Am Wochenende des 3. und 4. Juli traf sich die die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Hamburg auf Einladung ihres Vorsitzenden, Prof. Dr. Götz T. Wiese MdHB, im Blankeneser Segelclub zur Landesvorstandsklausur. Eingeladen waren Vertreter des Mittelstands in Hamburg, von Hafen und Logistik über Gastronomie, Handel und Handwerk bis hin zur Technologie-Branche und Gesundheitswirtschaft. Impulsreferate hielten unter anderem Dr. Christoph Ploß MdB zur Planungsbeschleunigung und Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow, c-netz, zum Thema Digitalisierung.

In allen Diskussionspanels wurden Lösungen für die Zukunft beraten. Daraus ist die Blankeneser Erklärung entstanden, die mit der Überschrift „Freier, Technologischer, Vernetzter“ Leitlinien für den Wirtschaftsstandort Hamburg vorgibt.

Die MIT Hamburg bekennt sich in der Blankeneser Erklärung zur Sozialen Marktwirtschaft als dem erfolgreichen Ordnungssystem der Wirtschaft. Zwar hat die Corona-Krise Schwachstellen unserer Wirtschaft, etwa bei „just-in-time“-Lieferketten,

aufgezeigt. Auch gesunde Unternehmen haben noch immer mit starken Umsatzrückgängen zu kämpfen; Unsicherheit besteht fort. Aber weiterhin gilt: Der Einzelne trifft wirtschaftliche Entscheidungen grundsätzlich besser als der Staat. Die Freiheit ist die Grundlage wirtschaftlicher Entfaltung. Daher müssen bürokratische Hürden abgebaut und zielführende Hilfen zur effektiven Ausübung dieser Freiheit gewährt werden. Nur nach dieser Maßgabe darf eine Unterstützung strachelnder Unternehmen durch staatliche Hilfe erfolgen. Das gilt auch in Zeiten der Pandemie.

Hamburg muss jetzt die Pfade für eine technologieoffene und vernetzte Zukunft beschreiten und den eigenen Standort stärken. Um das zu erreichen, ist aktives Handeln der Politik notwendig. Der Wirtschaftsstandort Hamburg muss freier, technologischer und vernetzter werden. Die MIT versteht sich in diesem Sinne als Anwalt der Hamburger Wirtschaft und lädt jede und jeden ein, die Soziale Marktwirtschaft zu stärken und zukunftsfähige Lösungen für den Wirtschaftsstandort Hamburg zu finden.



Foto: Carl-Jürgen Bautsch – stock.adobe.com